

Sozialverband für neues Wahlrecht

Unterschriftenlisten in Geschäftsstellen

Von unserem Redakteur
Wigbert Gerling

BREMEN. Der Sozialverband Deutschland (SoVD), früher Reichsbund, unterstützt den Verein "Mehr Demokratie", der per Volksbegehren dafür sorgen will, dass die Bremerinnen und Bremer künftig auch Bürgerschaftsbewerber unabhängig von den Parteilisten ins Parlament wählen können. In einer Erklärung des SoVD-Landesverbands, der rund 11000 Mitglieder hat, wird darauf verwiesen, dass Wahlen laut Grundgesetz "unmittelbar und frei" sein müssten.

In Bremen aber könne nur über vorgegebene Parteilisten abgestimmt werden. Damit stelle sich die Frage, ob unter diesem Blickwinkel das Wahlrecht als "unmittelbar" gelten könne. Wer das Volksbegehren unterstützen wolle, könne sich bei den Kreisgeschäftsstellen in Bremen-Stadt, Bremen-Nord und Bremerhaven in Unterschriftenlisten eintragen.

Wie berichtet, setzt sich "Mehr Demokratie" dafür ein, dass die Wähler künftig mehrere Stimmen vergeben und einzelne Kandidaten direkt wählen können. Zehn Prozent der Wahlberechtigten müssen ihre Unterschrift geben, damit schließlich in einem Volksentscheid über die Reform abgestimmt werden kann. Paul Tiefenbach von "Mehr Demokratie" erklärte, dass inzwischen gut ein Drittel der für das Volksbegehren nötigen rund 50000 Unterschriften vorlägen.

© Copyright Bremer Tageszeitungen AG Ausgabe: Weser-Kurier Seite: 9 Datum: 30.08.2006